

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. März 1926 ...

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Geldwert berechnet...

Schriftleitung und Druckerei...

Druck u. Verlag von J. G. Neumann, Neudamm...

Abdruck nur mit deutscher Quellenangabe...

Restaurant Stadt Gotha

Dresdens altberühmte Gaststätte
Feinste Küche — Vollwertige Biere:
Münchner Mathäser-Bräu, Dortmunder Union
Ernst Kögel jun.

Vertrauensvotum für Briand.

Die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit der Abordnung für Fortsetzung der Locarno-Politik.
Ablehnung der Mißtrauensanträge gegen Kätz. — Deser über die Reichsbahn-Politik. — Neubildung der tschechischen Regierung.

Die Erklärung in der Kammer.

Paris, 18. März. Die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Briand heute nachmittag in der Kammer und Justizminister Laval im Senat verlasen, hat folgenden Wortlaut:

Trotz längerer Debatten ist es unmöglich gewesen, zum vorliegenden Zeitpunkt eine Lösung des Finanzproblems zu finden. Die neue Regierung hat wie die vorausgegangene die unbedingte Pflicht, einen vollständigen und wirklichen Ausgleich des Budgets zu sichern. Wenn wir auf die tätige und entschlossene Mitarbeit der Kammer und des Senats zählen können, und wir sind davon fest überzeugt, wird das Land auch ohne Beunruhigung allen Schwierigkeiten einer finanziellen Wiederherstellung begegnen können. Schon jetzt verlangen wir von Ihnen eine außerordentliche Arbeitsdisziplin, damit vor den Parlamentarier die nötigen Maßnahmen in Angriff genommen werden können, um zu einem normalen Regime und zur budgetären Ordnung zurückzukommen. Wir sind willens, auf sämtliche der Maßnahmen zu rechnen, die bereits angenommen oder ausgearbeitet worden sind. Wir wollen rasch zu dem großen nationalen Sanierungswerk gelangen, dem alle Fragen unserer Politik untergeordnet werden müssen.

Die Regierung wird mit dem Willen, zu einem wirksamen Abkommen zu gelangen, die zur Regelung der internationalen Schulden eingeleiteten Verhandlungen fortsetzen, die unter günstigen Bedingungen sich anlassen. Die Politik der internationalen Abkommen, der die Kammer mit einer sehr großen Mehrheit und der Finanzkommission des Senats bereits zugestimmt hat, wird von der Regierung weitergeführt werden. Die Regierung wird sich bemühen, die Gegensätze auszugleichen und die Verbindlichkeiten der verschiedenen europäischen Völker zu regeln.

Unglücklicherweise ist es nicht möglich gewesen, in der außerordentlichen Sitzung des Völkerbundes den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durchzusetzen. Aber diese Vertagung, für die keinen der Unterzeichner des Abkommens von Locarno die Schuld trifft, hat die Signatur keineswegs verunmöglicht, wie sie das auch in einem Kommuniqué bestätigt haben, in dem feierlich der Wille zum Ausdruck kommt, die Abkommen von Locarno aufrecht zu erhalten und ihren Geist zu fördern. Die Nationen haben noch nicht ihr völliges Gleichgewicht wiedergefunden. Die wirtschaftlichen

und finanziellen Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben, die Verschiedenheiten der Interessen und Reigungen, die sie betreffen, und die man ausgleichen muß, um endgültig den Frieden zu sichern, machen mehr denn je den Parlamenten und Regierungen Wachsamkeit, Einigkeit und Entschlossenheit in den Plänen und Streitigkeiten im Handeln zur Pflicht. Damit schließt die Regierungserklärung. (B. T. B.)

Ein schlechter Start.

Paris, 18. März. Briands heutige Erklärung in der Kammer wurde mit eifrigem Schweigen aufgenommen. Der Eindruck war offensichtlich ungünstig. Unmittelbar nach der Verlesung der Regierungserklärung erhob der Redner der Opposition J. Barin u. Garay das Wort zu der Interpellation über die Zusammenziehung des Kabinetts. Er stellt fest, Briand sei mit reichen Erwartungen nach Genf aufgebrochen und mit leeren Händen zurückgekommen. Das Kabinett hätte auf republikanischer Grundlage gebildet werden müssen. Solange Malvy Minister sei, werde man Briand das Vertrauen nicht aussprechen können.

Briand beginnt den Kampf.

Paris, 18. März. Nach der Interpellationsrede des Abgeordneten J. Barin u. Garay ergreift Briand nochmals das Wort. Wohlwollend Urteile über die Reden der Opposition machte er. Die Worte Briands unverständlich. Briand unterbrach schließlich seine Rede und verließ die Rednertribüne. Was er auf Bitten Herris seine Rede fortzusetzen versuchte, wurde er durch hysterische Unterbrechungen der Opposition erneuert. Briand erklärte, er rufe das Land zum Jenseigen für solches Vorgehen an. Der Kammerpräsident führte dazu aus, man müsse schlecht inspiriert sein, wenn man die Aufgabe des Ministerpräsidenten komplizierter, der in Genf das Land in einer Weise verteidigt habe, für die ihm jeder dankbar sein müsse.

Das Vertrauensvotum.

Paris, 18. März. Die Kammer hat dem Ministerium Briand mit 361 gegen 164 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Malvy schwer erkrankt.

Paris, 18. März. Wie die „Börs. Ztg.“ hört, hat der Zwischenfall Malvy in politischen Kreisen eine lebhaftere Erregung hervorgerufen. Malvy wurde auch der Kammer in seine Privatwohnung gebracht. Man befürchtet, daß er eine Nervenerschütterung davongetragen hat. Der Kammerpräsident Herris hat ihn in seiner Wohnung aufgesucht.

Mussolini hinter den Kulissen.

Der Ausgang der Genfer Krise hat einen Berg von Vermutungen herabrieseln lassen. Die von den Ereignissen aufs lebhafteste angeregte Kombination verbindet sich mit der Phantasie und schafft Gebilde von Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten, die alle mit mehr oder minder guten Gründen belegt werden können und ihren besonderen Kreis von Gläubigen finden. Es wird lange dauern, ehe sich der forschtende Chronist in dem verwickelten Gestrüch, das von Locarno und von dort nach Genf geführt hat, einigermaßen zurecht zu finden vermag. Einige sichere Spuren sind aber doch heute schon zu erkennen, und dazu gehört neben dem geheimen Pariser Wirken, dem die jetzt nachträglich gegebenen Freundschaftsversicherungen Briands an die deutsche Adresse ein eigenartiges Relief verleihen, der Einfluss des römischen Duce auf die Gestaltung der Dinge. Es ist ja gewiß für uns Deutsche keine ganz leichte Aufgabe, die Art der Politik, die zurzeit in Italien getrieben wird, zu kritisieren. Wenn die deutsche Presse fühlend und leidenschaftlich ganz unzulässig harte Tadeln stellt und daraus gewisse zwingende Folgerungen zieht, ohne aber im geringsten die italienische Nation als solche anzugreifen oder den Wert guter Beziehungen zu dem vereinigten Königreich auf die leichte Achsel zu nehmen, dann steht auf der Gegenseite jedwede Reizung zu einer laßlichen Würdigung und es erhebt sich ein gewaltiger, stäubender Lärm über den angeblich angriffsfähigen „Pangermanismus“, der sich nach seiner westlichen Bindung durch den Locarno-Pakt nun mit eiserner Kraft auf den Süden stürzen und unter Einbeziehung Oesterreichs in seinen haßlichen Machtkreis die „heilige Brennergrenze“ Italiens verletzen wolle. Dieses Thema wird tagtäglich in der Faschistenpresse in einem Tone erörtert, der an alles andere eher als an den mit so schweren Missetaten beladenen Locarno-Geist erinnert. Deutschland ist aber schließlich doch nicht dazu da, sich von Mussolini zum Prügelknaben machen und auf seinem Rücken widerstandslos den Herrscherstab des Duce tanzen zu lassen. Die Herren Faschisten müssen uns also schon gestatten, daß wir uns ein wenig wehren und den Angreifern heimleuchten, wenn auch nicht so scharf und leidenschaftlich, wie das da unten bei dem blühlichen Temperament üblich ist. Wer das kühlere Blut behält, ist schließlich doch immer der Ueberlegene. Wenn allerdings hier und da auch einmal der deutschen Presse ein bißchen die Galle überläuft, so ist das nur menschlich, und diese Ercheinung wird um so häufiger eintreten, je weniger die Faschistenpresse ihre Reizung zügelt, deutsche Fenster Scheiben einzuwerfen, ohne daß ihr deutscherseits dazu ein triftiger Grund gegeben wird. Um beurteilen zu können, worauf Mussolini abzielt, warum es ihm in seinem Plan paßt, das Locarno-Vertr. mit seinem wesentlichen Zweck der Eingliederung Deutschlands als gleichberechtigter Macht in die europäische Friedensfront zu durchkreuzen, muß man bedenken, daß der höchste nationale Ehrgeiz Italiens und insbesondere des Faschismus dahin geht, die unbestrittene Herrschaft im Mittelmeer zu erlangen, um von dieser Stellung aus auf dem Balkan und in Nordafrika seinen Fuß zu fassen. Die Verwirklichung dieses weitläufigen nationalen Programms legt aber voraus, daß Italien in Mitteleuropa den Rücken gebet hat, und daß ihm von dort keine Gefahr heranzuwachen kann. Das ist der tiefere Sinn der stammenden Ergüsse über die Brennergrenze und des Bestrebens, sie noch weiter gen Norden hin vorzutragen. Denselben Zweck dient auch der neue mittel-europäische Bund, den Italien mit Jugoslawien abzuschließen im Begriffe steht, während Frankreich sich bereit hält, dieser Eheschließung als Trauzunge beizuwohnen. Ein Kernstück des Vertrages, der in den Grundzügen bereits ausgehandelt sein soll, ist die Verbindung des Ausganges Oesterreichs an Deutschland. Diese besondere Note kennzeichnet den Geist des Abkommens zur Genüge. Mit derartigen Zielsetzungen ist natürlich das Vertr. von Locarno und die Entwicklung Deutschlands zu einer maßgeblichen Völkerbundsmacht nicht zu vereinigen. So erklären sich auch die scharf abfälligen Bemerkungen, die der Duce und seine faschistische Gefolgschaft von vornherein über Locarno ausstüßten. Als man in Rom dann erkannte, daß das aus schwererlichem Boden begonnene Friedenswerk ebendort auch seine Erfüllung durch die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund finden sollte, mußte diese Einsicht auf die außenpolitischen Pläne Mussolinis wie eine Sprengbombe wirken. Der Duce fühlte sich durch die Wendung, welche die Dinge in Genf zu nehmen im Begriff standen, in dem Lebensnerv seines Ehrgeizes bedroht und handelte dementsprechend. Schon in Locarno hielt er sich ostentativ zurück und in Genf glänzte

Das Reichskabinett deckt Luther und Stresemann.

Der französische und englische Botschafter beim Empfang.

Berlin, 18. März. Die deutsche Delegation unter Führung des Reichskanzlers und des Außenministers ist heute nachmittag 2.30 Uhr im Sonderzuge auf dem Anhalter Bahnhof eingetroffen. Zu ihrem Empfang waren u. a. der stellvertretende Reichskanzler, Reichswehrminister Weiser, Reichsfinanzminister Reinhold, sowie zahlreiche Herren des auswärtigen Amtes erschienen. Bemerkenswert wurde die Anwesenheit des französischen Botschafters de Margerie und des englischen Botschafters Lord d'Abernon.

Der Zeitpunkt der Ankunft der deutschen Delegation war von den Behörden streng geheim gehalten worden. Auf dem Bahnhof, der von einer Hundertschaft Schutz und zahlreichen Kriminalbeamten abgesperrt war, sah man nur Angehörige der Delegationsmitglieder, Vertreter des auswärtigen Amtes, sowie der ausländischen Botschaften und einige Zeitungsvertreter. Unter den Anwesenden bemerkte man ferner die Gattin des Außenministers, Frau Dr. Stresemann, und die Gemahlin des Unterstaatssekretärs v. Schubert.

Der Beschluß des Kabinettsrats.

Berlin, 18. März. (Amstsch.) In einem heute nachmittag unter Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Ministerrat wurden die Genfer Verhandlungen durchberaten, nachdem die beiden Delegierten ihre fortlaufenden schriftlichen Berichte durch mündliche Darlegungen ergänzt hatten.

Das Reichskabinett billigte einstimmig die Haltung der deutschen Delegation und nahm insbesondere davon Kenntnis, daß durch die in Genf getroffenen Abmachungen die beiderseitige Fortführung der Locarno-Politik gewährleistet ist. (B. T. B.)

Berlin, 18. März. Wie die „Z.-L.“ erfährt, wird die Reichsregierung bei der parlamentarischen Erleuchtung der Genfer Fragen ein positives Vertrauensvotum fordern.

Presseempfang bei der deutschen Abordnung.

Berlin, 18. März. Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfingen heute abend nach Abschluß der Kabinettsitzung die deutsche Presse und gaben in ausführlichen Darlegungen und Auskünften auf gestellte Fragen ein Bild über die Entwicklung der Vorgänge in Genf. Die Ausführungen gipfelten in der Feststellung, daß die Außenpolitik des Locarno-Paktes weiter verfolgt werde und daß der deutsche Standpunkt durch die Vorgänge in Genf, bei denen die deutsche Delegation keinerlei Mißschuld treffe, unverändert bleiben werde. (B. T. B.)

Kommunistischer Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung.

Berlin, 18. März. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht: „Ist die Reichsregierung bereit, angesichts des katastrophalen Zusammenbruchs der Völkerbundspolitik in Genf sofort das Eintrittsgesuch Deutschlands in den Völkerbund zurückzuziehen?“ Ferner hat die kommunistische Reichstagsfraktion beschlossen, bei der bevorstehenden Debatte über den Außenetat einen Mißtrauensantrag gegen das gesamte Kabinett einzubringen.

London, 17. März. Die Unterhausdebatte über Genf ist endgültig für nächsten Dienstag festgelegt worden. Chamberlain und die britische Delegation werden für morgen abend 7 Uhr zurück erwartet. (B. T. B.)